Stellungnahme des Beirats des Nachbarschaftshauses Gostenhof an den Sozialausschuss am 08. März 2012

Betreff: Angebotskürzung im NHG

Der Beirat hätte eine außerparlamentarische Entscheidungsfindung für geeigneter gefunden, weil sie weniger administrative Schritte und damit weniger Kosten verursacht.
Ebenso hätte eine frühzeitige und umgehende Entscheidung den Prozess der gegenwärtigen medialen Berichterstattung wie der Diskussion vermeiden können.
Stichwort: aktives und vorausschauendes Handeln.
Der Beirat bedauert, dass es so weit kommen muss.

Gleichwohl begrüßt der Beirat des Nachbarschaftshauses Gostenhof die Initiative und die Aktivitäten aller demokratischen Fraktionen, die sich mit dem aktuellen Thema um das NHG befassen.
Auch begrüßt der Beirat die Diskussion und Behandlung auf parlamentarischer Ebene und damit die Involvierung des Sozialausschusses.
Der Beirat begrüßt jeden Schritt und jede Lösungsmöglichkeit, die geeignet ist der drohenden Angebotskürzung durch eine Sonntagsschließung entgegen zu wirken.

Wir verbinden das mit der Hoffnung auf ein positives Ergebnis, das den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer und des Hauses entgegenkommt.

Ein positiver Ausgang dürfte aber auch im Interesse aller politischen Akteure liegen, da das Thema von besonderer sozio-kultureller Bedeutung ist und damit gleichfalls bedeutenden Stellenwert für die Stadt hat.

Alle Bemühungen die das bisherige Öffnungsangebot weiterhin zum Ziel haben, werden unsererseits unterstützt und begrüßt. Eine Angebotskürzung in Form einer Sonntagsschließung geht einseitig zu Lasten der Nutzerinnen und Nutzer und wird vom Beirat abgelehnt.

Situation und Begründung:

Mit dem Wegfall der ZDL-Stelle ergibt sich eine angespannte Personalsituation. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses haben die Personallücke durch Mehrarbeit versucht aufzufangen. Das kann nur kurzfristig möglich sein. Eine dauerhafte Lösung braucht die Erkenntnis, dass nur durch Personalzuwachs das Fehlen der Stelle zu kompensieren und damit ein gesicherter Betriebsablauf gewährleistet ist.

Hierfür braucht es entsprechendes Personal, welches geeignet ist die organisatorischen und technischen Anforderungen zu bewältigen. Lösungen wie Dienste durch externes Wachpersonal sind ungeeignet. Ihnen erteilen wir auch vor dem Hintergrund personalpolitischer Einsparungsvorhaben eine Absage. Schließlich bedarf es im Haus verlässlicher und kompetenter Dienstleistungen, die im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer und auch im Sinne der Sicherheit des Hauses sind. Nicht zuletzt drückt sich die Dienstleistungsqualität auch in Form von Persönlichkeit aus, die die Nutzerinnen und Nutzer zu schätzen wissen. Eine Vergabe nach außen würde auch diesen Standard riskieren.

Die bisherigen Bemühungen die Personallücke zu schließen, haben bis heute zu keinem positiven Ergebnis geführt. Vielmehr wird eine Angebotskürzung in Betracht gezogen. Nach Prüfung versch. Varianten, haben sich beide Leitungen (Herr Dieter Maly u. Frau Langmar) auf eine Schließung des Hauses am Sonntag verständigt. Ob hier der richtige Tag gewählt worden ist, muss gefragt werden.
Gerade der Sonntag wird von vielen Vereinen und Gruppen intensiv genutzt. Dies auch deshalb, weil der Sonntag vielen die Möglichkeit bietet jenseits der Werktage ehrenamtliche und damit Vereinsarbeit zu leisten. An den Werktagen ist dies schlicht unmöglich. Auch lassen sich Vorstandssitzungen der Vereine nur am Wochenende realisieren, wofür die Werktage keine Zeit lassen.

Hervorzuheben ist, dass am Sonntag sehr viele Kinder den Weg ins Haus finden, weil sie dort ihre Kulturen pflegen, während die Angehörigen sich in der Cafeteria austauschen. Nutzen zieht hiervon auch der Betreiber der Cafeteria. Es ist begrüßenswert, wenn Kinder hier ein Angebot vorfinden und entsprechend betreut werden. Das ist präventive Sozial- und Kulturpolitik, die kein großes Programm nötig macht. Das Programm gestalten die Nutzerinnen und Nutzer. Es ist bürgerschaftliches Engagement schlechthin. So ist es auch satzungsgemäß intendiert.

Wir dürfen in Erinnerung rufen und zitieren:

§1 (2) Das Nachbarschaftshaus Gostenhof ist eine bürgerorientierte, interkulturelle Einrichtung mit sozialpolitischer Zielsetzung. Es soll möglichst vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen Gelegenheit geben, ihre sozialen, kulturellen und ethnischen Anliegen mit dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens und der Völkerverständigung in das Gesamtkonzept des Hauses einbringen.
Zusätzlich bietet das Nachbarschaftshaus durch seine fachliche Kompetenz und räumliche Infrastruktur die Basis für Ansätze der Armutsprävention und der Stadtteilentwicklung.

(3) Wesentliche Aufgaben sind die gegenseitige Information, die soziale Beratung, die Integration und Förderung interkultureller Begegnung, die Förderung der Selbsthilfe und des Bürgerengagements sowie die politische Informations- und Bildungsarbeit. Zur Umsetzung dieser Ziele wird der Eigeninitiative der Vereine, Gruppen und Initiativen breiter Raum gewährt."

Es wird deutlich, dass das Nachbarschaftshaus Ort vieler Vereine und Gruppen ist. Jene bieten Rat und sind Anlaufstelle für viele Ratsuchende. Es ist aber auch ein Ort des gemeinsamen Lernens und Gestaltens. Hier nutzen Menschen die Möglichkeit sich zu bilden oder Erfahrungen auszutauschen. Das kann in Form von Sprache,

Bewegung, Schreiben oder Gestaltung sein. Formen interaktiver Kommunikation und Begegnung – die aktivste Form interkultureller Begegnung. Eine bessere Methode kann es nicht geben. Den vielen Ehrenamtlichen, die dies ermöglichen, ist zu danken.

Dem frisch gedruckten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung ist zu entnehmen: *„Es sollen mehr Migranten für Ehrenämter und für die Mitgliedschaft in Vereinen gewonnen werden."*
Was das Nachbarschaftshaus angeht, kann ich der Aussage, dass Migranten deutlich seltener als Einheimische in Vereinen aktiv sind, nicht zustimmen, weil es für dieses Haus nicht zutreffend ist. Das Haus bietet die Basis für das Zusammenleben. Aber erst durch seine Konzeption und durch seine Nutzerinnen und Nutzer bekommt es Lebendigkeit und Gesellschaftlichkeit. Jeder profitiert von jedem. Und die Stadt steht in dieser Kette, diesem Prozess mittendrin.

Lassen Sie mich zu den Kindern noch folgendes herausstellen:
Während des Integrationsgipfels am 31.01.12 in Berlin, konstatiert die Bundesregierung u. a. folgendes:

- Es gibt nach wie vor große Integrationsdefizite
- Migranten schneiden in der Schule schlechter ab
- Viele Kinder sprechen selbst in der Folgegeneration schlechtes Deutsch

Wir brauchen Ihnen nicht zu skizzieren, dass Kinder vor allem durch ihr nahes Umfeld geprägt werden. Eine Instanz dieses Umfeldes sind Vereine oder Gruppen, die vermittelt über ehrenamtliche Dozenten oder Kursleiter den Kindern Spass, Kultur, Gemeinschaft, Orientierung bieten. Die Durchführung der Kurse hängt auch stark vom Zeitbudget der Berufstätigen ab, die das Ehrenamt nur am Wochenende wahrnehmen können.
Wir sollten froh darüber sein, dass den Kindern ein Ort geboten werden kann, der nicht irgendwo auf der Strasse, sondern hier ist, wo Bewegung (Tanzgruppen) und Begegnung keine räumliche Trennung kennen. Weit über 200 Kinder verbringen den Sonntag in der Turnhalle. Das sollte uns zufrieden stimmen, weil Integration und Kultur bestens funktioniert. Fehlt den Vereinen dieser Tag, gehen sie weg. Dann bleiben aber auch die Kinder weg. Welche Feststellungen würde der nächste Integrationsgipfel (2013) diskutieren? Nein, an negative Berichterstattungen und Zahlen dürfen wir uns nicht gewöhnen. Es gilt im Voraus zu Handeln.

Eine letzte Bemerkung zum Charakter von Integration: Integration kann man nicht in der Gestalt verordnen, dass sie nur noch von Montag bis Samstag geht. Also die Integration durch festgelegte Tage bestimmt wird. Sie findet statt. Auch Sonntags!
Den sozialpolitischen Wert des Hauses unter dem Diktat der Haushaltssanierung zu stellen – *„Die Finanzlage der Stadt zwingt uns, das Einsparungsziel für 2012 einzuhalten."* (D. Maly am 21.1.12), greift hier zu kurz.

Wer mit dem Angebot spielt, der riskiert erhebliche Fehlwirkungen.
Begegnung, Integration sind nicht zum Nulltarif zu haben. Sie haben sozialpolitischen Wert. Es gilt also diesen Wert nicht preiszugeben und somit sozialpolitischen Schaden abzuwenden.

Einer Angebotskürzung durch die Sonntagsschließung mit Wirkung des 1. April 2012, ist eine Absage zu erteilen. Verhindern Sie diesen schlechten Aprilscherz!

Verständlich dürfte daher unsere Haltung sein:

Wir sagen Nein!
Nein zur Sonntagsschließung!
Nein zur Angebotskürzung!

Wir sagen ja zum Sonntag, weil gerade dieser Tag das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement ermöglicht. Ehrenamt kennt keine Ruhepause, Begegnung kennt keine Ruhepause. So ist es, so soll es bleiben!

Wir sagen ja zur Beibehaltung der 7-Tage Woche.
Wir sagen ja zur Aufstockung des Servicepersonals (mind. ½ Stelle).
Wir sagen ja zur Beibehaltung der Dienstleistungsqualität im Servicebereich.
Wir sagen ja zu sicheren Arbeitsverhältnissen- und plätzen.
Wir sagen ja zu langfristigen und nachhaltigen Lösungen.
Wir sagen ja zur Bereitschaft die Idee des Nachbarschaftshauses zu sichern.

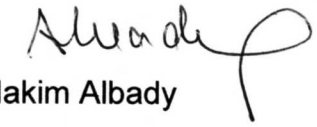
Für Ihr Verständnis danken wir.
Wir sind optimistisch, dass die Dinge einen positiven Verlauf nehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Beirat des Nachbarschaftshauses Gostenhof und die vielen NutzerInnen.

Anlage: Unterschriftenblatt (Beirat des NHG)

Die Mitglieder des Beirats des Nachbarschaftshauses Gostenhof



Hakim Albady

Anna-Julia Al-Naseri



Tsehay Asmellash



Tewodros Baungartner



Waldemar Behringer



Georgios Davoudanis



Karin Dötsch

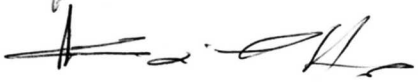
Mehmet Elbistan



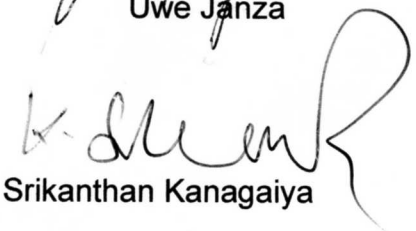
Friedemann Enke



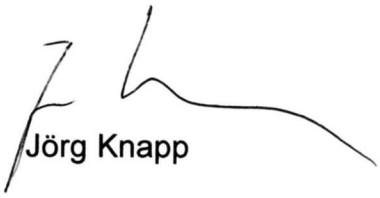
Uwe Janza



Georgios Kalfas



Srikanthan Kanagaiya



Jörg Knapp



Erich Münster



Sabine Obermeier



Ihor Pasternak



Dieter Reger



Ulrike Schmitt



Sotirios Xognos

